

Editorial

Ein klares Zeichen ist gesetzt

Hunderte demonstrierten am 6. Juni 2017 auf dem Rathausplatz in Bern. Mit Bannern, Schildern, Musik und scharfen Worten setzte sich die Kampagne VERKEHRT gegen Kürzungen der Sozialhilfe ein.



Sozialabbau bekämpfen – menschenwürdiges Leben, Schlagwörter, die die Demo auf dem Rathausplatz kennzeichneten.

Foto: wy

Im Kanton Bern soll mit einer weiteren Revision des Sozialhilfegesetzes SHG erneut bei der Sozialhilfe gespart werden. Schon heute richtet der Kanton Bern Leistungen aus, welche unterhalb der national als verbindlich anerkannten SKOS-Richtlinien liegen. Auch der BSPV bemängelt die neu-

este Revision und hat sich dementsprechend geäußert.

Auch die geplante Steuergesetzrevision 2019 lehnt der Staatspersonalverband ab und fordert weiterhin 1,5% Lohnmassnahmen für das Kantonspersonal.

Sind Sie nun neugierig geworden?

Dann blättern Sie weiter. Auf den folgenden Seiten finden Sie ein interessantes Interview mit Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann, Informatives über die erste Delegiertenversammlung des BSPV und was bei der Rentnervereinigung so alles los ist. jb

2 Aktuelles Thema

Stopp Sozialabbau!
Armut lässt sich nicht wegsparen.

3 Aktuelles Thema

Der Staatspersonalverband lehnt die Steuergesetzrevision 2019 ab.

4 Verband

Die erste Delegiertenversammlung des BSPV hat stattgefunden.

6 Interview

Regierungsrat Christoph Ammann steht Rede und Antwort.

«Stopp Sozialabbau! Armut lässt sich nicht wegsparen»

Unter diesem Motto fand am 6. Juni 2017 auf dem Rathausplatz in Bern eine Kundgebung gegen den Sozialabbau statt. Initiiert wurde diese durch die Kampagne VERKEHRT, die sich gegen weitere Kürzungen bei den Sozialhilfebeiträgen einsetzt.

Hunderte von Teilnehmenden, darunter Sozialarbeitende, Armutsbetroffene und Solidarisierende, fanden sich auf dem Rathausplatz ein, um zu zeigen, dass sie mit der Sozialhilfegesetzrevision nicht einverstanden sind.

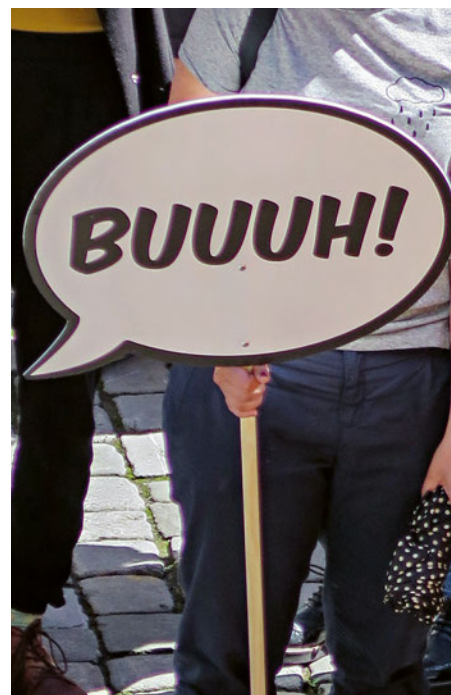
Zu der Kundgebung aufgerufen haben der Berufsverband Avenir Social, das Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen und das Forum für kritische soziale Arbeit. Weitere Organisationen und Parteien mobilisierten ebenfalls. Ziel der Protestaktion auf dem Rathausplatz sei es, «mit Fakten statt Vorurteilen dem negativen Bild der Sozialhilfe entgegenzuwirken», schreiben die Organisatoren auf ihrer Website.

Die geplanten Kürzungen bei den Sozialhilfebeiträgen führen bei Armutsbetroffenen zu noch mehr Verwahrlosung und Verelendung. Man ist überzeugt, dass die Sozialhilfequote mit den Kürzungen nicht gesenkt werden kann. Im Gegenteil, die Kürzungen bei der Sozialhilfe können mittel- bis längerfristig sogar zu Mehrausgaben führen.

Der BSPV bemängelt, dass bisher zur neuesten Revision zum Sozialhilfegesetz keine Vernehmlassung geplant ist. Dieses Vorgehen ist sehr aussergewöhnlich. Der Geschäftsführer des BSPV hat sich bei einem Sozialpartnergespräch mit der Regierungsdelegation entsprechend geäussert.

Mit dieser Kundgebung wurde ein klares Zeichen gegen weitere Kürzungen bei der Sozialhilfe gesetzt. Viele haben erkannt, dass Sparen bei den Ärmsten verkehrt ist!

jb/wy



Plakate und Parolen auf dem Rathausplatz.

Fotos: jb

Der Staatspersonalverband lehnt Steuersenkung ab

Die Steuergesetzrevision 2019 wird abgelehnt – 1,5% Lohnmassnahmen werden gefordert

Der Regierungsrat hat am 30. März 2017 das Vernehmlassungsverfahren zur Steuergesetzrevision 2019 eröffnet. Geplant ist, dass die Gewinnsteuerbelastung in zwei Stufen per 2019 und 2020 gesenkt wird. Entlastet werden vor allem so Grossunternehmen. Dem Kanton entgehen damit 2019 45 Millionen und 2020 103 Millionen Steuerfranken.

Der BSPV bedauert, dass die Kantonsregierung nach dem klaren Entscheid gegen die Unternehmenssteuerreform III, weiterhin an der Senkung der Gewinnsteuern festhalten möchte. Dadurch fehlen auf der Einnahmeseite in Zukunft Millionen, welche den Spardruck unnötig erhöhen.

Für den BSPV ist das Kantonspersonal und seine qualitativ gute Arbeit sehr wichtig. Eine Sparrunde (Entlastungspaket) erhöht den Druck auf das Personal und kann auch zu Entlassungen führen. Ein Grossteil des Kantonspersonals steht heute schon unter einer hohen Belastung, was gesundheitlich sehr heikel ist.

Entsprechend lehnt der BSPV die Reduktion des Gewinnsteuersatzes einstimmig ab. Eine entsprechend klare Vernehmlassungsantwort wurde der Finanzdirektion zugestellt.

Trotz Entlastungspaket fordert der BSPV weiterhin mindestens die 1,5% Lohnmassnahmen (inkl. Rotationsgewinne) für

das Kantonspersonal. Dies entspricht auch all den Berechnungen rund um die Pensionskassenabstimmung im Jahr 2014. Auch ist der Kanton Bern lohnmassig bekanntlich unterdurchschnittlich, was gerade der interkantonale Vergleich der Lehrerlöhne ja wieder bestätigte. Auch mit 1,5% Lohnmassnahmen wird der Kanton Bern kein attraktiverer Arbeitgeber. Es bräuchte noch viel mehr Geld, damit der Lohnrückstand aufgeholt werden könnte.

Auf unserer Website (www.bspv.ch/aktuell) finden Sie dazu zwei Artikel vom 7. Juni 2017 im Bund und der BZ. wy/jb

Entlastungspaket 2018

Alle Verwaltungseinheiten mussten diesen Winter der Regierung Sparvorschläge machen. Die Regierung hat an mehreren Sitzungen und Klausuren ein Entlastungspaket geschnürt, welches frühestens Ende Juni kommuniziert wird, also nach dem Redaktionschluss, des Diagonal. Wir werden in der 4. Ausgabe darüber berichten.

Unsere Haltung, dass wir als absolutes Minimum die bisherigen Lohnmassnahmen von 1,5% wollen, ist der Regierung bekannt.

Am 12. Juni 2017 hat der Grosse Rat die Motion Trüssel mit 96 zu 39 bei Enthaltungen angenommen. Diese Motion verlangt, dass die Regierung über alle Direktionen aufzeigt, welche Aufgaben abgeschafft oder allenfalls an private Leistungserbringer übertragen werden können. Die Auf-führung soll eine Begründung sowie den finanziellen Effekt aufzeigen. Als Minimalziel soll die Aufgabenüberprüfung zu einem ausgeglichenen Finanzierungssaldo führen.

Da im Rahmen des Entlastungspakets sowieso alle Aufgaben überprüft werden,

war die Regierung bereit die Motion als Postulat anzunehmen. Der Motionär beharrte auf der Motion und war erfolgreich. Entsprechend muss die Regierung nun die Überprüfung machen und eine Liste der Auswirkungen präsentieren. Für den BSPV sind Aufgabenüberprüfungen eine Selbstverständlichkeit, sie gehören als Daueraufgabe zu einer normalen Führung. Ob eine Auslagerung einzelner Aufgaben wirklich Sinn macht, wird vom BSPV bezweifelt. Gerade die Privatisierung im Spitalwesen und in den Psychiatrien hat kantonsseitig kaum Entlastung gebracht, weil nun viel

mehr überprüft anstatt gesteuert wird. Aber die Steuerung und das Wissen innerhalb der Kantonsverwaltung zu haben, ist sehr wertvoll und kann nicht immer direkt mit Geld aufgewogen werden. Auch ist immer wieder die Frage: Was sind die Aufgaben der öffentlichen Hand und was gehört zum guten Service Public. Die Diskussion um die Schliessung der Poststellen zeigt deutlich, dass wir diese Frage immer wieder neu diskutieren müssen. wy

Erste Delegiertenversammlung des BSPV

Wahlen, Ehrungen, Verabschiedungen und ein spannendes Referat standen an der ersten Delegiertenversammlung auf der Traktandenliste. Nach der Zusammenführung von Abgeordnetenversammlung und Zentralvorstand zur Delegiertenversammlung fand diese am 17. Mai 2017 im Grossratssaal des Rathauses in Bern statt.

Neue GL-Mitglieder

Mit grossem Applaus wurden die neuen Geschäftsleitungsmitglieder Susanna Leuenberger und Jean-Jacques Lièvre gewählt und auch die bestehende Geschäftsleitung erhielt ihren verdienten Beifall.

40 Jahre BSPV

Die Ehrungen der anwesenden 40-Jahr-Jubilare übernahmen Anastasia Falkner, Präsidentin BSPV, und Daniel Wyrsh, Geschäftsführer BSPV, und überreichten allen ein kleines Präsent. Trotz 68 Einladungen nahmen nur acht Jubilare die Einladung zur Ehrung an. Hier stellt sich nun die Frage «warum». Was müsste der BSPV tun, damit die Einladung für die Jubilare attraktiver wird. Dies wurde auch später in der Geschäftsleitungssitzung diskutiert. Ideen und Vorschläge sind schon notiert und werden das nächste Mal umgesetzt.

Arrivederci

Esther Ritter, die während 24 Jahren Sekretariatsleiterin des BSPV war und nun pensioniert ist, wurde zum Ehrenmitglied ernannt und erhielt dazu einen sommerlichen Blumenstrauss. Auch mit einem Blumenstrauss beschenkt wurde Daniela Zryd, Verantwortliche Kommunikation, die nach fünf Jahren Tätigkeit den BSPV verlässt, da sie sich beruflich anders orientieren möchte. Zuerst verabschiedete sie sich aber Richtung Süden, um eine wohlverdiente Pause einzulegen.

Neue Mitglieder gesucht

Wichtig für den Verband ist der Mitgliederbestand. Um diesen aufrechtzuerhalten

sind alle Sektionen aufgerufen, neue Mitglieder aktiv zu werben. Und zur Erinnerung: Mitglieder, die neue Mitglieder werben, erhalten eine Prämie von 50.– Fr.!

Politisch immer aktiv

Daniel Wyrsh, Geschäftsführer BSPV, ist seit Anfang Jahr Mitglied der Finanzkommission. Somit hat er die Möglichkeit, rechtzeitig bei den Geschäften der Finanz- und Volkswirtschaftsdirektion Einfluss zu nehmen. Dies ist oft wichtiger und zielführender als die Beratung im Plenum des Grossen Rates. Spätestens wenn das nächste Sparpaket kommt, ist eine zeitnahe Information sehr wichtig.

Interessantes und Spannendes

Einen aufschlussreichen Einblick in einen Teil seiner Arbeit brachte Daniel Wyrsh mit dem Thema Rechtsschutzfälle. Über einige Fälle, die abgeschlossen werden konnten, berichtete er anonymisiert. Personalrechtlich kann es jeden treffen, von Mitarbeitenden in tieferen Gehaltsklassen bis hin zur Kaderposition. Deshalb ist es wichtig, dass sich Mitglieder bei entstehenden Problemen rechtzeitig an die Geschäftsstelle wenden.

Der Steuerverwalter

Zum Abschluss der Versammlung referierte Claudio Fischer, kantonaler Steuerverwalter, zum Thema: «Die grösseren und kleineren Herausforderungen eines Steuerverwalters». Sein Jonglieren mit Zahlen beeindruckte und dass steuerpflichtige Personen als Kunden bezeichnet werden, brachte einige zum Staunen.

Gemütlicher Abschluss

Beim anschliessenden gemeinsamen Nachtessen gab es viele Möglichkeiten sich auszutauschen und dieses oder jenes Thema noch einmal aufzugreifen. Ein grosses Dankeschön an die organisierende Geschäftsstelle, die für einen reibungslosen Ablauf sorgte. jb



Ein kurzweiliges Referat von Claudio Fischer, kantonaler Steuerverwalter, bildete den Schluss der Delegiertenversammlung.



Die erste Delegiertenversammlung fand wie üblich im Rathaus statt. Bild unten Ehrung der Jubilare.

Fotos: sr



Christoph Ammann

ist seit 1. Juli 2016 Regierungsrat und
Direktor der Volkswirtschaftsdirektion.

...und in Bern viele Herausforderungen...

«Auf der Alp findet der neue Regierungsrat Ruhe» so titelte vor gut einem Jahr die Berner Zeitung. Am 1. Juli 2016 trat Christoph Ammann sein neues Amt als Regierungsrat an. Wie hat sich seither sein Alltag entwickelt, was hat er erreicht und wo findet er nun Ruhe und Entspannung nach einem ereignisreichen Jahr?

Seit einem Jahr sind Sie Regierungsrat, wie fällt Ihre persönliche Bilanz aus?

Durchwegs positiv. Ich konnte viele wichtige Projekte anstossen oder vorantreiben, und es gab unzählige Begegnungen mit spannenden Menschen.

Als Volkswirtschaftsdirektor nimmt man an den Regierungsratssitzungen teil, führt eine Direktion und muss auch den Kanton Bern gegen aussen «verkaufen» (Wirtschaft, Tourismus etc.). Wie gross sind die Arbeitsanteile der einzelnen Bereiche? Was sind die jeweiligen besonderen Herausforderungen?

Repräsentieren bedeutet: Besuche bei Unternehmungen, Referate an Veranstaltungen halten, Besichtigungen von Projekten im Gelände und auf der Baustelle. Am meisten Zeit beansprucht aber das Tagesgeschäft in der Direktion: interne Sitzungen, Aktenstudium und Besprechungen zu Entscheiden in meiner Kompetenz. Dann folgt die Regierungsarbeit

mit der Vorbereitung der Geschäfte aus der Volkswirtschaftsdirektion, den Mitberichten zu Traktanden anderer Direktionen, den Regierungssitzungen und Klausuren.

Die Herausforderungen sind dabei sehr unterschiedlich, aber in einigen Punkten doch immer ähnlich: Herausfordernd ist etwa, dass ich möglichst rasch das Wesentliche einer Fragestellung oder eines Themas erfassen kann, dass ich den politischen Handlungsspielraum erkenne, dass ich spüre, wie ich die verschiedenen Interessengruppen ansprechen und überzeugen kann, wie ich letztendlich politische Mehrheiten gewinne.

Wie empfinden Sie die Zusammenarbeit innerhalb des Regierungsrates?

Konstruktiv und kollegial.

Als Regierungsrat möchte man sicher in seiner Direktion inhaltliche Schwerpunkte setzen und gestalten. Sind bei all den Gesetzen und Vor-

schriften überhaupt grosse Handlungsspielräume vorhanden?

Die Handlungsspielräume gibt es und man muss sie nutzen. Ich denke da z.B. an das Innovationsförderungsgesetz, das den Spielraum für drei Schlüsselprojekte meiner Direktion schuf: Das schweizerische Institut für Translation und Unternehmertum (sitem-insel), das Ausbauprojekt der EMPA in Thun und den Switzerland Innovationpark in Biel.

Haben Sie erste Ziele, die Sie sich gesetzt haben schon erreicht? Welche?

Bei zwei wichtigen Projekten (EMPA und sitem-insel) ist die Finanzierung zustande gekommen. Das Berner Pflanzenschutzprojekt ist auf Kurs – Ziel ist die Verminderung von Nebenwirkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Die Bio-Offensive 2020 ist lanciert: Mit 60 Betrieben, die im ersten Jahr umstellen, haben wir das Jahresziel deutlich übertroffen. Das Tourismusentwicklungsgesetz ist von der Kommission einstimmig zuhanden der 2. Lesung im Parlament verabschiedet

worden. Ziel ist, Veranstaltungen mit internationaler Ausstrahlung, z.B. die FIS-Weltcuprennen in Adelboden und Wengen, wiederkehrend finanziell zu unterstützen.

Nach 100 Tagen haben Sie 10 Schwerpunkte in Ihrem Programm formuliert. Welcher Schwerpunkt liegt Ihnen besonders am Herzen?

Alle. Und noch viele mehr. Ich musste eine Auswahl treffen, damit die Medien nicht überfordert waren... Im ersten halben Jahr habe ich die Innovationsprojekte vorangetrieben. Im Sommer werden uns erfahrungsgemäss die Natur und das Wetter vermehrt fordern. Der Schutz von der Bevölkerung und der Infrastruktur vor Naturgefahren ist eine sehr wichtige Arbeit.

«Wir müssen schauen, dass jene Menschen, die ihre Arbeit verlieren, dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben.» Eine Aussage aus Ihrer 1.-Mai-Rede. Wie sieht diese Massnahme konkret aus?

Es gibt nicht eine, sondern viele Massnahmen zu diesem Thema. Eine Schlüsselrolle nehmen dabei die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) mit ihren Angeboten und Leistungen ein.

Die Mitglieder des BSPV interessiert natürlich Ihre Haltung zu den Anstellungsbedingungen des Kantonspersonals. Wo orten Sie Handlungspotential?

Vorab liegt es mir am Herzen, in der Öffentlichkeit immer wieder aufzuzeigen, dass das Staatspersonal motiviert, effizient und mit eindrücklicher Leistung für unseren Kanton arbeitet. Daraus ergibt sich das Handlungspotenzial: konkurrenzfähige Löhne, attraktive Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen.

Als ehemaliger SP-Gemeinderatspräsident im ländlichen Meiringen, Lehrer und Rektor hatten Sie immer viele Kontakte mit Menschen. Wie sieht dies nun als Regierungsrat aus? Sitzen Sie oft einsam im Büro über den Akten?

Ich habe eher noch mehr Kontakte und Begegnungen als früher, so dass ich die Arbeit im Büro als Ausgleich dazu und nie als Einsamkeit erlebe.

**Neuer Wohnort?
Mailadresse geändert?
Arbeitsort gewechselt?
Pensioniert?**

BSPV



Dann teilen Sie dem BSPV diese Änderungen doch bitte mit, damit wir Sie weiterhin optimal informieren können.

Danke! www.bspv.ch oder 031 311 11 66

Entspannung und Erholung finden Sie immer noch auf der Alp? Oder darf es auch mal wo anders sein?

Die Alp – immer noch und immer wieder gerne. Aber es darf auch wo anders sein: Am See, am Meer, im Schnee, in einer Stadt, beim Fussballspiel oder in einem Konzert, um nur einige wenige Alternativen zu nennen...

Vielen Dank, dass Sie sich für uns Zeit genommen haben. Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie einen schönen erholsamen Sommer.

cha/wy

Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung, Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und Versicherungsofferten – alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

**Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert
geniessen können.**



Unabhängige Pensionsplanung

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden.
**Mit Sonderkonditionen für
Verbandsmitglieder.**

GLAUSER+PARTNER

VORSORGE | STEUERN | VERMOGEN

Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern
T 031 301 45 45

www.glauserpartner.ch

Jubiläums-Hauptversammlung

Am 9. Mai fand im Hotel Kreuz in Bern die 75. Hauptversammlung der Rentnervereinigung statt. 120 Mitglieder und Gäste haben an ihr teilgenommen. Das Festreferat hielt Regierungspräsidentin Beatrice Simon; umrahmt wurde der Anlass vom Alleinunterhalter Bruno Bieri (Hang und Xang).

Die Jubiläums-Hauptversammlung begann mit einem musikalischen Beitrag von Bruno Bieri, der damit schon einiges zum Tagesthema vorwegnahm: Die Stellung der Rentner in der Gesellschaft ist nicht mehr wie einst, und dies bedeutet eine Herausforderung, der sich nicht nur die Rentner zu stellen haben.

Diese Tatsache machte Beatrice Simon zum Kern ihres Referats: Es braucht Lösungen, die nicht von heute auf morgen zu erreichen sind, deren Basis aber in der Solidarität der ganzen Gesellschaft zu finden ist. Dass es heutzutage Tendenzen gibt, die genau das bedrohen, kann nicht übersehen werden, sie sind aber nicht übermächtig. Alle Generationen und alle Schichten der Gesellschaft sind gefordert, nicht nur ihre eigenen Interessen zu verfolgen, sondern dem Solidaritätsgedanken neuen Respekt entgegen zu bringen. Dass das gelingen wird, darauf vertraut die Regierungspräsidentin.

Der geschäftliche Teil der Versammlung verlief reibungslos: In seinem Jahresbericht wies Robert Ruprecht darauf hin, dass die Pendenzen vom Vorjahr bereinigt werden konnten: Die Webseite ist entstanden, die neuen Statuten von der Geschäftsleitung des BSPV sind geprüft und gutgeheissen worden. Im Übrigen ist das Berichtsjahr problemlos verlaufen.

Bei den Finanzen steht die Vereinigung gut da, das Defizit fiel geringer aus als budgetiert. Dank der Unterstützung der Aktivitäten im Jubiläumsjahr durch den Gesamtverband, werden aber auch zusätzliche Aufwände keine gewaltigen Lücken in unsere Kasse reissen.

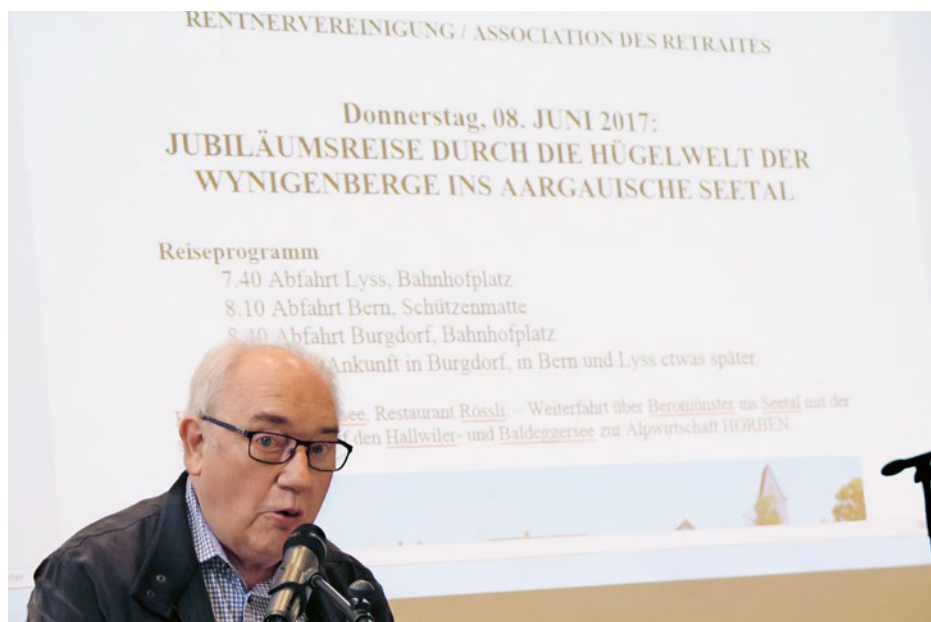
2017 ist gemäss unseren Statuten ein Wahljahr. Da keine Rücktritte vorliegen ist der Vorstand mit Applaus bestätigt worden. Als Revisor ersetzt Otto Aeby den turnusgemäss zurücktretenden Max Glanzmann.

Die Versammlung hat die neuen Statuten diskussionslos genehmigt.

Am Nachmittag erläuterte Erich Frauenschuler die Unterschiede zwischen dem Leistungsprimat, das für die meisten Mitglieder der Rentnervereinigung gilt, und dem Beitragsprimat und brachte so etwas Licht in den Dschungel der Begriffe, die im Rahmen dieser Diskussion Teil unserer Alltagssprache geworden sind.

Ausführlicher Bericht auf der Website der Rentnervereinigung:
www.bspv-senioren.ch

Robert Ruprecht



Ankündigung der Jubiläumsreise in die Wynigen Berge.

5. Oktober 2017

Herbstausflug nach Payerne und Murten

Der Herbstausflug 2017 führt uns ins Fliegermuseum Clin d'Ailes nach Payerne/VD. Bei einer exklusiven Führung (das Museum ist geschlossen) erfahren wir mehr über die Schweizer Luftwaffe und deren Flugzeuge.

Im Anschluss daran geniessen wir einen Apéro, bevor wir zum gemeinsamen Mittagessen nach Murten fahren. Die Teilnehmerzahl ist auf 70 Personen beschränkt.

Anmeldungen bis 28.9.2017 an:

Roland Schafer 033 222 50 81
roland.schafer@bluewin.ch

Für nähere Auskünfte: Siehe unsere Webseite www.bspv-senioren.ch

75 Jahre Rentnervereinigung. Jubiläumsreise

Insgesamt 68 Kolleginnen und Kollegen bestiegen am 8. Juni 2017 in Lyss, Bern und Burgdorf den Doppelstockbus der Firma Schneider Reisen AG, Langendorf.

Bei strahlendem Sonnenschein führte die Reise von Burgdorf aus durch die schöne Hügelwelt der Wynigen Berge und über Huttwil ins luzernische Mauensee. Auf der schönen Terrasse des Restaurant Rössli wurden der frohen und gut gelaunten Reisegesellschaft Kaffee und Gipfeli serviert. Danach fuhr der Car weiter über Beromünster ins Seetal mit der schönen Aussicht auf die dortige Seelandschaft zur Alpwirtschaft Horben auf dem aargauischen Lindenberg. In den gemütlichen Räumen der bekannten Gastwirtschaft konnte ein ausgezeichnetes Essen mit Dessert und Kaffee genossen werden.

Nach einer kurzen Besichtigung der schönen Umgebung mit dem Schloss Horben und der dem heiligen Wendelin gewidmeten Kapelle stand der Reisebus zur Weiterfahrt bereit. Diese führte durch eine für viele Mitreisende unbekannte Gegend ins luzernische Hinterland. Unterwegs ori-



enterte der Organisator über verschiedene geschichtliche Ereignisse, die sich dort zur Zeit der Freischarenzüge und des Sonderbundskrieges von 1846 bzw. 1847 zuge tragen haben.

Das Entlebuch zeigte sich auf der anschließenden Fahrt sonnenbestrahlt und wolkenlos von der schönsten Seite. Nach einem Zwischenhalt bei der Firma Kambly in Trubschachen ging es für die frohe und gutgelaunte Reisegesellschaft bereits den heimatlichen Gefilden zu, im Bewusstsein, eine sehr schöne, unvergessliche Jubiläumsreise erlebt zu haben.

Leider konnten mehrere angemeldete Personen aus gesundheitlichen Gründen oder wegen plötzlich auftretender Unpässlichkeit an der Reise nicht teilnehmen und mussten sich kurzfristig abmelden. Wir wünschen allen eine baldige Genesung!

Peter Schneider, Organisator



Impressionen von der Jubiläumsreise der Rentnervereinigung.

Alles im grünen Bereich

An der diesjährigen Hauptversammlung der Strassenmeister Sektion Berner-Oberland gaben die Traktanden gemäss Statuten wenig zu reden. Die Sektion unter der Leitung von Stefan Egger, Mitglied der Geschäftsleitung des BSPV, ist gut geführt, finanziell gesund und wächst laufend. Auch die jungen Strassenmeister treten dem BSPV bei, was erfreulich ist.

Im 2016 konnte erreicht werden, dass die Spesen für Lernenden monatlich und nicht mehr quartalsweise ausbezahlt werden. Ideal wäre, wenn dies für alle Mitarbeitenden eingeführt werden könnte, was aber mit der jetzigen EDV zu aufwändig wäre.



Stefan Egger, Mitglied der Geschäftsleitung BSPV

Vor dem statutarischen Teil erhielten die Mitglieder einen Einblick in das Projekt Grimselbahn.

«Grimselbahn»: Einmalige Chance für Haslital und Goms

Eine Schmalspurbahn soll ab Jahr 2025 Innertkirchen (BE) durch die Grimsel mit Oberwald (VS) verbinden. Die Fahrzeit von Meiringen bis Oberwald wird rund 38 Minuten betragen. Der Tunnel wird mit rund 580 Mio. Franken veranschlagt. Zudem können die Ortschaften Guttannen und Handegg durch den Tunnel ganzjährig unterirdisch per Bahn erreicht werden, ohne Naturgefahren ausgesetzt zu sein. Es wird mit 400 000 Passagieren pro Jahr und einem Arbeitsplatzeffekt von 35 Vollzeitäquivalenten gerechnet. Durch den Anschluss der neuen Grimselbahn an bestehende Bahnen entsteht ein hochattraktives Schmalspurnetz von gesamthaft 850 Kilometer Länge, das Tourismusregionen in mehreren Kantonen verbindet.

Gleichzeitig werden im geplanten Tunnel der Grimselbahn Stromleitungen der Netzwerkgesellschaft Swissgrid verlegt. Swissgrid muss sein Übertragungsnetz bis 2025 ausbauen. Statt dieses weiterhin mit Strommasten über die Grimsel zu führen, können die Leitungen durch den Tunnel verlegt werden. Das heisst, dass insgesamt 121 Strommasten und 22 Kilometer Stromleitung abgebaut werden, was das Landschaftsbild der Grimselregion positiv beeinflussen wird. Zudem würden teure Schutzmassnahmen in diesem durch Lawinen- und Felsstürze gefährdeten Gebiet entfallen.

Mit diesem innovativen Lösungsansatz kann eine einzige Infrastruktur für zwei Systeme genutzt werden.

Wir sind gespannt, ob das Projekt effektiv realisiert wird! wy

Diagonal **BSPV**

Offizielles Organ des Bernischen Staatspersonalverbandes BSPV 101. Jahrgang, Nr. 1/2014

Beratung und Verkauf:

inerate@staempfli.com

Telefon 031/300 63 81

SAISONGERECHT, FRISCH UND AUTHENTISCH!

GENIESSEN SIE UNSERE TESSINER UND ITALIENISCHEN SPEZIALITÄTEN

7 TAGE GEÖFFNET

DURCHGEHEND WARMER KÜCHE UND PIZZA.

Familie S. + D. Cafiero

Grotto Ticino Pizzeria Cafiero

www.grotto-ticino.ch

Breitenrainplatz 26 • 3014 Bern • Tel. 031 331 96 77

Kursangebote

Nutzen Sie die Kursangebote. BSPV-Mitglieder profitieren von günstigen Konditionen.

Coaching – ein Instrument für Führungspersonen

(Grundkurs und Folgekurs)

Leitung: Mario Aeberhard, dipl. Coach SCA, eidg. dipl. Verkaufsleiter, Berufsschulinspektor Kanton Bern

Daten: Mittwoch, 30. August 2017, Folgekurs Donnerstag, 2. November 2017
Ort : Rathaus, Bern

Kosten: CHF 300.00/160.00 (BSPV-Mitglieder CHF 150.00/90.00, Mitglieder angestellte bern, CHF 210.00/110.00), Mittagessen inklusive

Soziale Sicherheit: Das Dreisäulenkonzept

Leitung: Andrea Frost-Hirschi, Juristin, Geschäftsleitungsmitglied BSPV, Vertreterin der Angestellten in der Verwaltungskommission der BPK, Arbeitsrichterin

Daten: Donnerstag, 26. Oktober 2017, 13.00–17.00 Uhr, Ort : Rathaus Bern

Kosten: CHF 160.00 (BSPV-Mitglieder CHF 90.00, Mitglieder angestellte bern CHF 110.00)

Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht

Leitung: Oliver Grob, eidg. dipl. Finanzplanungsexperte, Glauser + Partner Vorsorge AG

Daten: Dienstag, 19. September 2017, 18.00–21.00 Uhr

Ort: Uni Bern, Departement Chemie und Biochemie, Clubraum (S559),
Kosten: CHF 160.00 (BSPV-Mitglieder CHF 90.00, Mitglieder angestellte bern CHF 110.00)

Anmeldung und nähere Angaben finden Sie unter www.bspv.ch/vorteile/kursangebote

Die Berner Fachhochschule auf dem Weg zur Standortkonzentration

Die Berner Fachhochschule BFH feiert in diesem Jahr ihr zwanzigjähriges Bestehen. Sie hat sich in diesen Jahren zu einer gut positionierten Hochschule entwickelt: 6900 Studierende auf Bachelor- und Masterstufe neben 2000 Teilnehmenden der Weiterbildungsangebote.

Sie ist stark im Bereich der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung: An der BFH werden derzeit 445 Projekte mit 980 Partnern aus Wirtschaft, öffentlicher Hand und Kulturinstitutionen durchgeführt.

Die BFH belegt derzeit 26 Gebäude an den Standorten Bern, Biel, Burgdorf, Zollikofen, Nidau, Vauffelin. Das ist aus diversen inhaltlichen und betrieblichen Gründen und im Vergleich mit unseren Konkurrenten ein Nachteil.

Deshalb ist die Standortkonzentration seit über zehn Jahren Thema von BFH und Politik. Am 7. Juni dieses Jahres hat der Grosse Rat den Ausführungskredit für den Campus Biel und den Wettbewerbskredit für den Campus Bern ohne Gegenstimme genehmigt. Ein klares Statement: Der Grosse Rat will eine starke, gut positionierte Fachhochschule. Darüber freuen wir uns ausserordentlich.

Das ist angesichts der Vorkommnisse der letzten Monate nicht selbstverständlich. Der Entscheid des Schulrats der BFH, das Departement WGS (Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit) in drei selbstständige Organisationseinheiten aufzugliedern, ist in Politik und Presse auf Unverständnis gestossen: Sollte nun nicht doch eines der neuen Departemente in Burgdorf angesiedelt werden?

Aus der Sicht der Region Emmental und der Stadt Burgdorf ist das verständlich; Burgdorf ist seit 1892 Standort des Kantonalen Technikums und dann technischer Studiengänge der Berner Fachhochschule. Aus der Sicht der BFH aber

wäre das ein grosser Fehler gewesen. Man hätte die Standortkonzentration unterlaufen und ein einzelnes Departement isoliert.

Die Verbindung bleibt: Gemeinsam mit der Technischen Fachschule kreieren wir in Burgdorf ein TecLab, das ein nationaler Leuchtturm sein wird!



Wir, die BFH und ich als ihr Rektor, sind der Bildungskommission dankbar, dass sie in ihrer Erklärung an den Grosse Rat beantragt hat, die Standortfrage der Berner Fachhochschule abzuschliessen. Dem Grossen Rat und allen Beteiligten danken wir – danke ich – für die klare Genehmigung der entsprechenden Kredite, dem Erziehungsdirektor und der Baudirektorin für die grosse Unterstützung.

Die Entscheide der Politik bestätigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind und geben uns zusätzlichen Schub, die Herausforderungen der kommenden Jahre zu meistern.

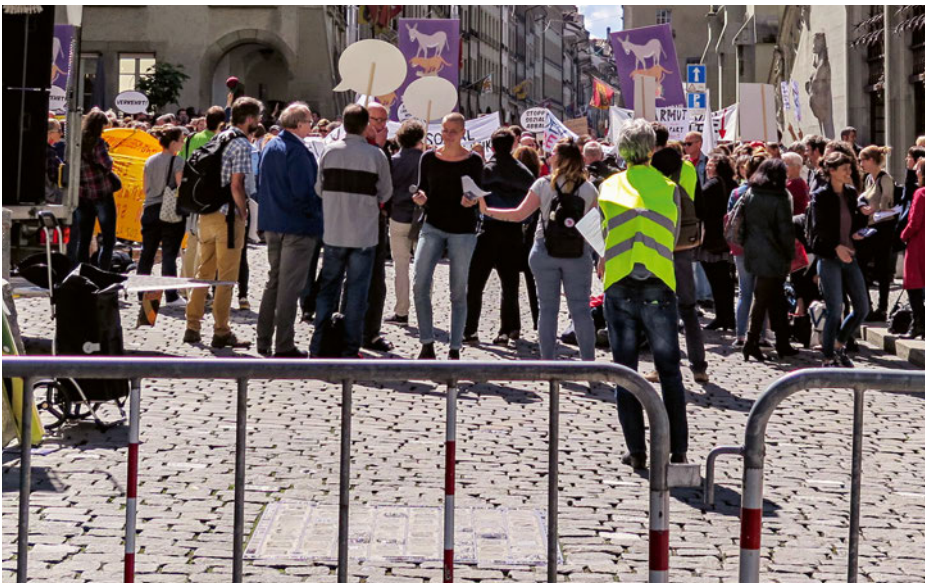
Herbert Binggeli, Rektor BFH

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Editorial

Un signal clair est donné

Des centaines de personnes ont manifesté le 6 juin 2017 sur le Rathausplatz à Berne. La campagne VERKEHRT a été engagée contre les coupes dans l'aide sociale, avec des banderoles, des pancartes, de la musique et des paroles véhémentes.



Lutter contre le démantèlement social – vivre dignement, des slogans qui ont marqué la manifestation sur le Rathausplatz. Photo: wy

Dans le canton de Berne, une nouvelle révision de la loi sur l'aide sociale (LASoc) doit permettre d'économiser davantage sur l'aide sociale. Aujourd'hui déjà, le canton

de Berne octroie des prestations qui sont au-dessous des normes nationales CSIAS qui ont force obligatoire. L'APEB déplore la nouvelle révision et l'a fait savoir.

L'association rejette également le projet de révision 2019 de la loi sur les impôts et exige le maintien des mesures salariales de 1,5% pour le personnel du Canton.

Votre curiosité est piquée? Poursuivez votre lecture. Dans les pages suivantes, vous découvrirez une interview intéressante du Directeur de l'économie publique, Christoph Ammann, des informations sur la première Assemblée des délégués de l'APEB et tout ce qui se passe au sein de l'Association des retraitées et retraités. jb

2 Sujet actuel

Stop au démantèlement social!

Les économies ne suppriment pas la pauvreté.

3 Sujet actuel

L'Association du personnel de l'Etat de Berne

rejette la révision 2019 de la loi sur les impôts.

4 Association

La première **Assemblée des délégués** de l'APEB s'est déroulée au Rathaus selon la tradition.

5 Association

Elections, hommages et départs étaient au programme.

Stop au démantèlement social ! Les économies ne suppriment pas la pauvreté

C'est sous ce mot d'ordre que s'est déroulée le 6 juin 2017 sur le Rathausplatz à Berne une manifestation contre le démantèlement social. La manifestation a été initiée par la campagne Verkehrt, qui s'engage avec détermination contre de nouvelles coupes dans l'aide sociale.

Plusieurs centaines de participants, parmi lesquels des travailleurs sociaux, des personnes en situation de pauvreté et des personnes solidaires, se sont rassemblés sur le Rathausplatz pour montrer qu'ils ne sont pas d'accord avec la révision de la loi sur l'aide sociale.

L'association professionnelle AvenirSocial, l'association KABBA en faveur des personnes au chômage et des personnes touchées par la pauvreté et « kriso », le forum pour un travail social critique ont lancé l'appel à manifester. D'autres organisations et partis politiques ont également pris part à la mobilisation. Le but de l'action de protestation était de contrer avec

des faits plutôt qu'avec des préjugés l'image négative de l'aide sociale, déclarent les organisations sur leur site internet.

Les coupes projetées dans les montants de l'aide sociale conduisent les personnes touchées par la pauvreté vers encore da-



Banderoles et slogans sur le Rathausplatz.

Photo : jb

vantage d'exclusion et d'appauvrissement. Pourtant, la part de l'aide sociale ne diminuera pas avec des coupes budgétaires. Au contraire, les coupes dans l'aide sociale peuvent conduire à moyen et long terme à des dépenses supplémentaires.

LAPEB déplore qu'il n'y ait pas de consultation prévue sur la nouvelle révision de la loi sur l'aide sociale. Cette manière de faire est tout à fait inhabituelle. L'administrateur de l'APEB s'est exprimé en conséquence sur ce point, lors d'une discussion en partenariat social avec la délégation du gouvernement.

Avec cette manifestation, un signal clair a été donné contre des coupes supplémentaires dans l'aide sociale. Nombreux sont ceux qui ont reconnu qu'économiser sur le dos des plus démunis va dans le mauvais sens!

jb/wy

L'APEB rejette la baisse d'impôt

La révision 2019 de la loi sur les impôts est rejetée – des mesures salariales de 1,5 % sont exigées

Le 30 mars 2017, le Conseil-exécutif a lancé la procédure de consultation relative à la révision 2019 de la loi sur les impôts. Il est prévu de baisser le taux d'imposition sur le bénéfice en deux étapes, en 2019 et 2020. L'allègement touche avant tout les grandes entreprises. Le canton subira ainsi une perte fiscale de 45 millions en 2019 et de 103 millions en 2020.

L'APEB déplore qu'après la décision claire et nette contre la Réforme de l'imposition des entreprises III, le gouvernement cantonal persiste à maintenir la baisse de l'impôt sur le bénéfice. Du côté des recettes, il manquera des millions à l'avenir, ce qui fait inutilement monter la pression sur les économies.

Pour l'APEB, le personnel du Canton ainsi que la qualité de son travail sont très importants. Des mesures d'économie (programme d'allègement) augmentent la pression sur le personnel et peuvent conduire à des licenciements. Une grande partie du personnel du Canton est soumise actuellement déjà à une grosse charge de travail, ce qui constitue un risque pour la santé.

Par conséquent, le comité directeur de l'APEB rejette unanimement la réduction du taux d'imposition sur le bénéfice. Une réponse à la consultation a été adressée dans ce sens à la Direction des finances.

Nonobstant le programme d'allègement, l'APEB continue d'exiger au moins 1,5 % de mesures salariales (y compris les gains de

rotation) pour le personnel du Canton, ce qui correspond également aux calculs autour de la votation sur la Caisse de pension en 2014. De plus, chacun sait que le canton de Berne se situe au-dessous de la moyenne sur le plan salarial. Même avec 1,5 % de mesures salariales, le canton de Berne ne devient pas un employeur attrayant. Il faudrait bien plus d'argent pour pouvoir rattraper le retard salarial existant.

Sur notre site internet ([www.apeb.ch / fr/actuel](http://www.apeb.ch/fr/actuel)), vous trouverez deux articles (en allemand) parus à ce sujet le 7 juin 2017 dans le Bund et la Berner Zeitung. wy/jb

Programme d'allègement 2018

Toutes les unités administratives doivent faire l'hiver prochain des propositions d'économie au gouvernement. Le Conseil-exécutif a ficelé au cours de plusieurs séances et réunions de réflexion un programme d'allègement, qui sera communiqué au plus tôt fin juin. Malheureusement, notre délai de rédaction sera déjà passé. Nous y reviendrons cependant dans notre 4^e édition. Notre position est connue du gouvernement: nous voulons comme strict minimum des mesures salariales de 1,5 %.

Le 12 juin 2017, le Grand Conseil a adopté la motion Trüssel par 96 voix contre 39 et plusieurs abstentions. Cette motion réclame que le Conseil-exécutif désigne pour toutes les directions les tâches qui doivent être supprimées ou, cas échéant, transmises à des prestataires privés. L'objectif minimum du réexamen des tâches publiques est d'atteindre un équilibre budgétaire.

Dès lors que dans le programme d'allègement toutes les tâches sont de toute manière réexaminées, le gouvernement était

prêt à accepter la motion sous forme de postulat. Le motionnaire a maintenu avec succès sa motion. Le Conseil-exécutif doit en conséquence procéder au réexamen et présenter une liste des effets attendus. Pour l'APEB, le réexamen des tâches publiques va de soi et fait habituellement partie des tâches permanentes d'une direction. L'APEB doute que l'externalisation de certaines tâches ait réellement un sens. La privatisation dans le secteur hospitalier et la psychiatrie a en effet peu déchargé le canton, et aujourd'hui on réexamine au

lieu de diriger, et ce dans une plus large mesure. Pourtant, conserver la direction et le savoir au sein de l'administration cantonale est très précieux et ne peut pas toujours être compensé par de l'argent. La question se pose continuellement de savoir quelles sont les tâches de la main publique et ce qui fait partie d'un bon service public. Toute la discussion autour de la fermeture d'offices postaux montre clairement que nous devons toujours rediscuter cette question. wy

Première Assemblée des délégués de l'APEB

Elections, hommages, départs et un exposé passionnant étaient à l'ordre du jour de la première assemblée des délégués dans sa nouvelle forme. Suite au regroupement de l'Assemblée des délégués et du Comité central en une seule instance, l'Assemblée des délégués, cette dernière s'est déroulée le 17 mai 2017 dans la salle du Grand Conseil au Rathaus à Berne.

Nouveaux membres du Comité directeur

Les deux nouveaux membres du comité directeur Susanna Leuenberger et Jean-Jacques Lièvre ont été élus par acclamation. Le comité directeur en place a également reçu des applaudissements mérités.

40 ans d'APEB

Anastasia Falkner, présidente de l'APEB, et Daniel Wyrsh, administrateur de l'APEB ont rendu hommage aux jubilaires avec 40 ans d'ancienneté et leur ont remis un petit présent. Malgré 68 invitations, seuls huit jubilaires ont honoré l'invitation. On peut se demander pourquoi. Que de-

vrait faire l'APEB pour rendre l'invitation plus attrayante pour les jubilaires? Cette question a également été discutée plus tard dans une réunion du comité directeur. Les idées et propositions ont été enregistrées et seront mises en œuvre la prochaine fois.

Arrivederci

Esther Ritter a durant 24 ans été responsable du secrétariat de l'APEB et prend à présent sa retraite; elle a été nommée membre d'honneur et a reçu à cette occasion un bouquet de fleurs estival. Daniela Zryd, responsable de la communication, quitte l'APEB après cinq ans d'activité pour se réorienter professionnellement; elle a

également reçu avec un bouquet de fleurs en remerciement. Elle prendra dans un premier temps la direction du sud pour une pause bien méritée.

Nouveaux membres recherchés

Le nombre de membres est important pour l'association. Pour le maintenir, il est fait appel à toutes les sections afin qu'elles recrutent activement de nouveaux membres. Pour mémoire : les membres qui recrutent de nouveaux membres reçoivent une prime de Fr. 50.- !

Politiquement toujours actif

Depuis le début de l'année, Daniel Wyrsh, administrateur de l'APEB, sest membre de la Commission des finances. Il a ainsi la possibilité de prendre influence en temps opportun dans les affaires de la Direction des finances et celle de l'économie publique. C'est souvent plus important et plus efficace que lors des débats en plénum au Grand Conseil. Une information rapide est primordiale et doit intervenir au plus tard lorsque sort le prochain programme d'allègement.

Intéressant et passionnant

Daniel Wyrsh a donné un aperçu instructif d'une partie de son travail sur la thématique des cas de protection juridique. Il a rendu compte de certains cas, anonymisés pour l'occasion, qui ont pu être liquidés. Chacun peut être concerné par une question relevant du droit du personnel, que l'on soit collaborateur dans les classes de traitement inférieures ou qu'on occupe une position de cadre. Il est par



Daniel Wyrsh, administrateur de l'APEB, a donné un aperçu d'une partie de son travail, sur la thématique des cas de protection juridique.

conséquent important que lorsque des problèmes apparaissent, les membres s'adressent à temps au secrétariat.

L'intendant des impôts

Pour clore l'assemblée, l'intendant cantonal des impôts, Claudio Fischer, a traité le sujet « Les petits et grands défis d'un intendant des impôts ». Son jonglage avec les chiffres a fait impression et le fait que les personnes assujetties soient désignées

comme clients en a fait sourire plus d'une et un.

Clôture conviviale

Au cours du dîner qui a suivi l'assemblée, les convives ont eu de nombreuses possibilités d'échanger et de poursuivre la discussion sur l'un ou l'autre sujet. Un grand merci au secrétariat qui a assuré un bon déroulement de l'événement. jb



Un exposé divertissant de Claudio Fischer, intendant cantonal des impôts, a clôturé l'Assemblée des délégués. Photo: sr

Impressum



Organe officiel de l'Association du personnel de l'Etat de Berne APEB
www.apeb.ch, sekretariat@bspv.ch
ISSN 2997-1866

Rédaction

Joanne Bisig (jb) , Daniel Wyrsch (wy)
Adresse de la rédaction: Postgasse 60,
case postale 533, 3000 Berne 8
Tél. 031 311 11 66
Traduction française :
Anne-Marie Krauss

Administration des annonces

Stämpfli AG, Wölflistrasse 1,
case postale, 3001 Berne
inserate@staempfli.com

Composition, impression et expédition

Stämpfli AG, case postale, 3001 Berne

Satz, Druck und Spedition
Stämpfli AG, Postfach, 3001 Bern
inserate@staempfli.com
Postfach, 3001 Bern
Stämpfli AG, Wölflistrasse 1
Insatenverwaltung
Anne-Marie Krauss
Übersetzung französisch:
Tel. 031 311 11 66
Postfach 533, 3000 Bern 8
Redaktionsadresse: Postgasse 60,
Joanne Bisig (jb); Daniel Wyrsch (wy)
Redaktion

ISSN 2997-1866
www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch
Staatspersonalverbandes BSPV
Offizielles Organ des Bernischen



Impressum

**Changement d'adresse?
Nouvelle adresse e-mail?
Nouveau lieu de travail?
Départ à la retraite?**

APEB



Communiquez vos changements à l'APEB afin que nous puissions continuer à vous informer de manière optimale.

Merci!

www.apeb.ch ou 031 311 11 66